

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

112. Jahrgang

Anzeigenpreis: für die erste Spalte 10 Pf., für die zweite 8 Pf., für die dritte 6 Pf., für die vierte 4 Pf., für die fünfte 3 Pf., für die sechste 2 Pf., für die siebente 1 Pf., für die achte 1/2 Pf., für die neunte 1/3 Pf., für die zehnte 1/4 Pf., für die elfte 1/5 Pf., für die zwölfte 1/6 Pf., für die dreizehnte 1/7 Pf., für die vierzehnte 1/8 Pf., für die fünfzehnte 1/9 Pf., für die sechzehnte 1/10 Pf., für die siebenzehnte 1/11 Pf., für die achtzehnte 1/12 Pf., für die neunzehnte 1/13 Pf., für die zwanzigste 1/14 Pf., für die einundzwanzigste 1/15 Pf., für die zweiundzwanzigste 1/16 Pf., für die dreiundzwanzigste 1/17 Pf., für die vierundzwanzigste 1/18 Pf., für die fünfundzwanzigste 1/19 Pf., für die sechsundzwanzigste 1/20 Pf., für die siebenundzwanzigste 1/21 Pf., für die achtundzwanzigste 1/22 Pf., für die neunundzwanzigste 1/23 Pf., für die dreißigste 1/24 Pf., für die einunddreißigste 1/25 Pf., für die zweiunddreißigste 1/26 Pf., für die dreiunddreißigste 1/27 Pf., für die vierunddreißigste 1/28 Pf., für die fünfunddreißigste 1/29 Pf., für die sechsunddreißigste 1/30 Pf., für die siebenunddreißigste 1/31 Pf., für die achtunddreißigste 1/32 Pf., für die neununddreißigste 1/33 Pf., für die vierzigste 1/34 Pf., für die einundvierzigste 1/35 Pf., für die zweiundvierzigste 1/36 Pf., für die dreiundvierzigste 1/37 Pf., für die vierundvierzigste 1/38 Pf., für die fünfundvierzigste 1/39 Pf., für die sechsundvierzigste 1/40 Pf., für die siebenundvierzigste 1/41 Pf., für die achtundvierzigste 1/42 Pf., für die neunundvierzigste 1/43 Pf., für die fünfzigste 1/44 Pf., für die einundfünfzigste 1/45 Pf., für die zweiundfünfzigste 1/46 Pf., für die dreiundfünfzigste 1/47 Pf., für die vierundfünfzigste 1/48 Pf., für die fünfundfünfzigste 1/49 Pf., für die sechsundfünfzigste 1/50 Pf., für die siebenundfünfzigste 1/51 Pf., für die achtundfünfzigste 1/52 Pf., für die neunundfünfzigste 1/53 Pf., für die sechzigste 1/54 Pf., für die einundsechzigste 1/55 Pf., für die zweiundsechzigste 1/56 Pf., für die dreiundsechzigste 1/57 Pf., für die vierundsechzigste 1/58 Pf., für die fünfundsechzigste 1/59 Pf., für die sechsundsechzigste 1/60 Pf., für die siebenundsechzigste 1/61 Pf., für die achtundsechzigste 1/62 Pf., für die neunundsechzigste 1/63 Pf., für die siebenzigste 1/64 Pf., für die einundsiebzigste 1/65 Pf., für die zweiundsiebzigste 1/66 Pf., für die dreiundsiebzigste 1/67 Pf., für die vierundsiebzigste 1/68 Pf., für die fünfundsiebzigste 1/69 Pf., für die sechsundsiebzigste 1/70 Pf., für die siebenundsiebzigste 1/71 Pf., für die achtundsiebzigste 1/72 Pf., für die neunundsiebzigste 1/73 Pf., für die achtzigste 1/74 Pf., für die einundachtzigste 1/75 Pf., für die zweiundachtzigste 1/76 Pf., für die dreiundachtzigste 1/77 Pf., für die vierundachtzigste 1/78 Pf., für die fünfundachtzigste 1/79 Pf., für die sechsundachtzigste 1/80 Pf., für die siebenundachtzigste 1/81 Pf., für die achtundachtzigste 1/82 Pf., für die neunundachtzigste 1/83 Pf., für die neunzigste 1/84 Pf., für die einundneunzigste 1/85 Pf., für die zweiundneunzigste 1/86 Pf., für die dreiundneunzigste 1/87 Pf., für die vierundneunzigste 1/88 Pf., für die fünfundneunzigste 1/89 Pf., für die sechsundneunzigste 1/90 Pf., für die siebenundneunzigste 1/91 Pf., für die achtundneunzigste 1/92 Pf., für die neunundneunzigste 1/93 Pf., für die hundertste 1/94 Pf., für die einundhundertste 1/95 Pf., für die zweiundhundertste 1/96 Pf., für die dreiundhundertste 1/97 Pf., für die vierundhundertste 1/98 Pf., für die fünfundhundertste 1/99 Pf., für die sechshundertste 1/100 Pf.

Bezugspreis: für Leipzig und Umgegend monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 10,00 M., für den Rest des Reichs monatlich 1,25 M., vierteljährlich 3,75 M., halbjährlich 6,25 M., jährlich 10,50 M., für den Ausland monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M., halbjährlich 7,50 M., jährlich 12,00 M.

Nr 50

Montag, den 28. Januar

1918

Die „Goeben“ wieder frei

Der deutsche Heeresbericht

Amlich. Großes Hauptquartier, den 27. Januar 1918.
Westlicher Kriegsschauplatz
Fast an der ganzen Front blieb die Gefechtsstätigkeit gering. Bei kleineren Unternehmungen südlich von der Oise und in den oberen Vogesen südlich von Lusse wurden Gefangene eingebracht.

Italienische Front
Auf der Hochfläche von Asiago und östlich von der Brenna lebhafter Feuerkampf. Ein italienischer Angriff gegen den Monte Perlica scheiterte.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff. (W. T. B.)

Berlin, 27. Januar, abends. (Amlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Österreichisch-ungarischer Heeresbericht

Wien, 27. Januar. Amlich wird gemeldet: Auf der Hochfläche von Asiago und östlich der Brenna war Artilleriefähigkeit auch gestern sehr lebhaft. Ein feindlicher Angriff gegen unsere Stellung auf dem Monte Perlica wurde abgewiesen.
Der Chef des Generalstabes.

Polenrede in Oesterreich

Wien, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung der Delegierten ergriff Dr. Glombinski (Polen) das Wort und sagte: Für die Polen bedeutet Polen etwas anderes als Kongresspolen. Sie haben, wenn Sie von Polen sprechen, das geschichtliche oder das ethnographische Polen im Sinn. Vom geschichtlichen Polen kann heute keine Rede sein, weil es eigentlich auf einer Union beruht, und solange sich die Union nicht auflöst, wird ein Bündnis mit Polen zu schließen, ist von einer Wiederherstellung des geschichtlichen Polens nicht die Rede. Es ist nicht richtig, daß man zur Erfüllung ihres Programms nur auf dem Wege des Konfliktes mit Preußen gelangen kann. Es hat sich auch unter gewissen Voraussetzungen als möglich erwiesen, einen wesentlichen Teil dieses Programms, nämlich die Vereinigung Galiziens mit dem Königreich Polen, ins Auge zu fassen. Reiner erklärt dann auch Wännen für Polen, das leider heute eine Vertretung besitzt, die den Polen feindlich gesinnt sei.

Der Delegierte Klopja äußert gegenüber den offiziellen Erklärungen des bulgarischen Ministerpräsidenten, daß man dem Minister mitteile, ob er an seiner Friedensformel ohne Annexionen und Entschädigungen auch gegenüber den Annexionsforderungen Bulgariens festhalte. Der slowenische Delegierte Dr. Korosec überreicht einen Antrag, in dem es heißt, daß mit Benutzung der konstatieren sei, daß die Renouvois sich der früheren Annexionsverträge entsagte. Dieser Fortschritt sei jedoch von geringem Werte, solange bei Bulgarien noch das alte Annexionsprogramm unverändert und beim Deutschen Reich in dunkler Form noch fortbestehe.

Der Delegierte Dr. v. Langenhan (Deutschland. Verband), gegen die Polen gewendet, sagte, es sei unangenehm anzuhören, daß, nachdem durch die Hutopfer Tausender deutscher Männer Polen die staatliche Selbstständigkeit wiedergewonnen habe, in der Weise von den Polen über die Deutschen gesprochen würde. Es dürfe nicht vergessen werden, daß viel mehr deutsche Soldaten in polnischer Erde begraben liegen, als die ganze polnische Nation für die Befreiung ihres Landes je an Freiwilligen aufgebracht habe.

Der ukrainische Redner, Delegierter Ritter von Wassilko, pflichtet dem deutschen Redner bei und sagte, von slowenischer Seite sei sofort Unverständnis über unsere Bundesgenossen Deutschland gefolgt worden, daß er sich verpflichtet fühle, zu konstatieren, daß die Ukrainer sich vollständig darüber klar sind, daß der Zarismus niemals zusammengebrochen wäre und der Traum der Ukraine niemals ein reales Resultat gehabt hätte, wenn nicht die Mittelmächte frei zusammengekommen hätten. Er protestiere gegen die Abtretung Galiziens an die Polen. Wir Ukrainer in Oesterreich, erklärte er, verlangen von Oesterreich nichts anderes, als daß wir bei Oesterreich bleiben, und nur in dem Falle, daß man uns an einen Dritten weggeben will, wollen wir zu unserem Mutterlande, der Ukraine, kommen.

In der Sitzung vom Freitag sprach der Ausschuh des Grafen Czernin offenes Vertrauen aus in der Erwartung, daß es ihm in naher Zukunft gelingen möge, dem Frieden die Wege zu ebnen.

Der Kongreß der Bauern aufgeht

Frankfurt a. M., 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Frank. Ztg. berichtet aus Lwow: „Corriere della Sera“ meldet aus Petersburg, daß die Sozialisten nunmehr den Kongreß der Bauernversammlungen von ganz Rußland, der in Petersburg zusammentrat, um seine Solidariät mit der Konstantine auszusprechen, aufgelöst haben. Nachdem der Kongreß kaum eine Stunde gelagt hatte, brangen Wännen in den Saal ein und forderten die Teilnehmer auf, auseinanderzugehen. Es kam zu einem Handgemenge, das vier Stunden dauerte. Endlich mußten die Bauern abgehen. Die Mitglieder des Volkswirtschaftlichen Komitees wurden verhaftet.

Die fremden diplomatischen Vertretungen widmen der neuen anarchistischen Bewegung große Aufmerksamkeit. Der amerikanische Botschafter erhielt Drohbriefe, daß die Anarchisten ihn persönlich für das Schicksal der in Amerika verhafteten russischen Anarchisten verantwortlich machen.

Die „Schreckensherrschaft“ Lenins

Wien, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das „Neue Wiener Fremdenblatt“ berichtet aus Kopenhagen, das „Kommunistische“ der russischen sozialistischen Partei habe in ganz Rußland ein Manifest

Die „Goeben“ wieder in den Dardanellen

Berlin, 27. Januar. (Amlich.) Wie aus von jenseitiger Stelle mitgeteilt wird, ist der türkische Dampferkruzer „Sultan Jussuf Selim“ (früher „Goeben“), der auf dem Rückmarsch von dem Vorstoß nach der Insel Imbros in der Enge von Kagara festgenommen war, in die Dardanellen eingelaufen.

Welche Bedeutung die Engländer dem Kampfzeit der „Goeben“ beimessen, beweist, daß der englische Pressedienst seit einer Woche sich mit dem Schiffe beschäftigt und andauernd Meldungen von Angriffen und angeblichen Beschädigungen verbreitet, um falsche Hoffnungen auf den Ausfall der „Goeben“ für die weitere Kriegsführung zu erwecken.

U-Boote an der amerikanischen Küste

Bern, 27. Januar. (Drahtbericht.) Die französische Presse meldet, daß amerikanischen Zeitungen zufolge an der amerikanischen und südamerikanischen Küste, besonders in der Nähe von Brasilien, deutsche U-Boote gesehen wurden.

Berlin, 27. Januar. (Drahtbericht.) Ueber die Verläufe der italienischen Handelsflotte durch U-Boote erzählt die „Popolo Romano“ vom 27. Januar in einer Rede, daß im Verlauf des Krieges 55 Prozent der italienischen Handelsflotte versenkt worden seien.

Wien, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Pariser Sondermeldung wird die Versenkung des spanischen Dampfers „Victor Dechavari“ bestätigt. Drei Matrosen seien ums Leben gekommen.

Stockholm, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Wie die schwedischen Blätter melden, ist der schwedische Dampfer „Wolff Meyer“, der am 12. Januar im Geleitzug von Leth nach Lerwick abgegangen ist, überfällig und gilt als verloren. Nach Aussagen der Besatzung zweier anderer Fahrzeuge, die dem gleichen Zuge angehörten, dürfte der Dampfer versenkt worden sein.

verbreitet, das gegen Lenin, Trotski und gegen die Maximalkisten gerichtet ist. Darin werden Lenin und andere Führer beschuldigt, in Rußland im Namen des Sozialismus eine Schreckensherrschaft auszuüben. Ihre Repressalien seien noch furchtbarer als die Magjorin des feinerzeitigen Zarismus. Die Partei der Menschewiki fordert auf, eine neue Konstantine einzuberufen.

Wien, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichspost berichtet aus Stockholm: Die sozialrevolutionären Mitglieder der aufgelösten Konstantine haben eine Proklamation an das russische Volk erlassen, die mit dem Satz beginnt: „Das Land braucht den Frieden.“ Sodann wird ausgesprochen, daß die Menschewiki keinen Frieden gebracht und daher die Erwartungen der Armeesoldaten getäuscht hätten. Es müsse jetzt eine aus radikalen Vertretern zusammengesetzte Kommission mit weitreichenden Kompetenzen gebildet werden, um unzerstückelt einen echten demokratischen Frieden zu bewerkstelligen. Das fehlende Heer sei anzuschaffen und die Grenzverteidigung den Freiwilligen zu übertragen.

Kämpfe zwischen Bolschewiki und Ukrainern bei Luch

Wien, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet: Das Organ der Ukraine „Dilo“ erhielt die Meldung, daß in der Nähe von Luch zwischen den bolschewistischen Truppen und den Ukrainern mit großer Erbitterung gekämpft wird. Die Ukrainer seien die Angreifer und wollen Luch besetzen.

Die Lage in Spanien

Paris, 27. Januar. (Havas.) Madrider Zeitungen berichten aus Ferrol, daß die Minenschiffe „España“, „Alfonso XII.“ und „Rio de Janeiro“ senker gemacht werden, um auf Befehl sofort nach Barcelona, Vigo und Bilbao zu gehen.

Madrid, 27. Januar. (Havas.) Der Tag verlief in Barcelona ohne Zwischenfall. Die meisten Industriewerksstätten sind geschlossen. Ueber 25 000 Frauen legten die Arbeit nieder. Es geht das Gerücht, daß Marcelino Domingo und mehrere andere Sozialisten verhaftet sind, jedoch ist diese Nachricht noch nicht bestätigt.

Callaux' Verhör

Paris, 26. Januar. (Havas.) Callaux wurde am Vormittag von Vaucluse einem langen Verhör unterzogen, das sich auf die aus Amerika und Italien eingetrossenen Schriftstücke bezog. Am Abend wurde Callaux wieder in den Justizpalast gebracht, um der weiteren Abklärung der Fingel von den in dem Florenzer Kaffeehahn gefundenen Schriftstücken beizutreten. Cassalot wurde von Lezmanni Jonjelin verhört.

Französische Friedenshoffnungen

Genf, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochssitzung des Finanzausschusses der Kammer teilte, dem Honorer „Progres“ zufolge, der Finanzminister mit, er hoffe zuversichtlich, daß der neue Kriegskredit der letzte sein werde. Der Krieg dürfe nach aller Annahme in absehbarer Zeit zur Liquidierung reife werden.

Die Berliner Flugblätter

Berlin, 27. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In den letzten Tagen von Staatssekretär von Wallraf besprochenen Flugblätter teilt der „L. Z.“ folgendes mit: In den letzten Tagen sind in Berlin Flugblätter und Druckschriften verbreitet worden, die zur Arbeitsniederlegung und zum Massenstreik auffordern. Das eine Flugblatt ist von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten ausgegeben worden, das andere kommt von einer Clique von Spartakisten, Anhänger Liebknechts aus Reichlin.

Batocki Oberpräsident von Ostpreußen

Berlin, 27. Januar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ erzählt, ist Herr von Batocki zum Oberpräsidenten des Provinz Ostpreußen ernannt worden.

Das Ergebnis

Dr. J. Die Verhandlungen im Hauptausschusse des Reichstages sind am Sonnabend zu Ende gegangen und mit einer bemerkenswerten Ansprache des Ausschuhvorsitzenden geschlossen worden. Die Frage nach dem eigentlichen Ergebnisse drängt sich auf, ist aber für alle, die auf die Verhandlungsberichte angewiesen sind, nicht leicht zu beantworten. Denn nur die Erklärungen der Regierungsvertreter sind im Wortlaut erschienen, während die Wiedergabe der anderen Reden mehr als sonst (weil die amtlichen Stenogramme fehlen) unter der Parteien Hoch und Günstigkeit leidet; in dieser Beziehung wird wirklich Unglaubliches geleistet, eine harte Nervenprobe für die Betroffenen.

Diejenigen werden enttäuscht sein, die gehofft hatten, daß der Reichshandlung den Anhängern eines Verständigungs-, Verzicht- oder Hungerfriedens (diese Aufzählung soll keineswegs erschöpfend sein) mit einer scharfen Wendung den Rücken kehren und sich auf die Seite der sog. starken Männer schlagen werde. Das ist natürlich nicht geschehen. Es ist richtig: der Kanzler hat es hingeworfen, die Friedensresolution der Reichstages vom 19. Juli 1917 oder die deutsche Antwort auf die Papstnote auch nur zu erwähnen. Auch die Ausschuhmitglieder, die davon sprachen, haben dies nur mit beabsichtigter Zurückhaltung getan. Erste Politiker haben ja auch kein Interesse — auch kein vaterländisches — daran, bestehende Gegensätze immer noch mehr zu vertiefen; vielmehr suchen sie darüber hinwegzusehen. Es genügt dabei vollkommen, wenn der Kanzler dem Sinne nach wiederholt, daß die Entente durch unser Friedensangebot keinen „Freiheits“ erhalten habe, den Krieg fortzusetzen, um jederzeit auf die ihr früher einmal zugänglichen Friedensbedingungen zurückgreifen zu können. Reine Nachdem auch die letzte von den Mittelmächten gestellte Frist verstrichen und ein Beitritt der Westmächte zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht erfolgt ist, ist Deutschland im Westen frei. Das bedeutet in ein nicht-kanzlerisches Deutsch überlegt: im Westen (und Süden!) werden die Friedensbedingungen nicht dem Stande vor dem Endkampfe, sondern dem Stande nach ihm entnommen werden. Wenn die Entente diesen Endkampf will, soll sie ihn haben, so furchtbar und schwer der Gedanke daran auch sein mag.

Dies das eine Ergebnis. Hinzu kommt ein zweites, und zwar wiederum eine Enttäuschung für gewisse Leute. Es ist nicht gelungen, die deutsche Arbeiterschaft und ihre Vertreter von dem Mehrheitsblosse abzurufen, der — nehm alles nur in allem — hinter der Reichsleitung steht. Wir meinen damit nicht die „Unabhängigen“, diese deutschen Maximalkisten, sondern diejenigen Arbeitkreise, die sich an dem ewig denkwürdigen 4. August 1914 zum Staatsgedanken bekannten und ihm seitdem treu blieben. Auch jetzt. Es braucht an dieser Stelle nicht nochmals darauf hingewiesen zu werden, daß es einfach ein Verbrechen wäre, jene Volksgenossen wieder in die Wüste zu stoßen. Es gilt sie vor der täglich wachsenden Versuchung von links bei der Stange zu halten. Deshalb wir auch, wenn es wirklich in den nächsten Tagen zu Unruhen kommen sollte, dringend wünschen müssen, daß unsere Verantwortlichen nicht nur die — selbstverständlich notwendige! — starke Hand, sondern auch kühlen Kopf und warmes Herz bewahren möchten.

Aber hiermit ist die Bedeutung der Reichstagsverhandlungen nicht erschöpft. Dem aufmerksameren Beobachter kann es doch nicht entgehen, daß der Kanzler die sog. 14 Gebote Wilsons zwar als ein Ganzes vermorten, immerhin aber punktwiesig beantwortet hat. Wo immer der Kanzler dabei zu einem Unannehmbar gelangte, ist er unserer Zustimmung gewiß. Ebenso aber auch, wo er ein Annehmbar oder ein tolerari posse aussprach oder wenigstens zugab, daß sich darüber reden lasse. Und wenn nun der Kanzler auch seinerseits zu dem Endergebnisse kam, daß Wilson, falls er ernstlich und ehrlich den Frieden wolle — dieses Wort dürfte im Ausschusse allerdings gefallen sein — mit anderen Vorschlägen kommen müsse, so darf doch nicht übersehen werden: an dem gleichen Tage hat Graf Czernin die Friedensbedingungen Wilsons als verhandlungsfähig bezeichnet und hinzugefügt, daß er auf dieser Grundlage Sonderverhandlungen anzuknüpfen gedenke. Ja, er hat am Tage darauf noch weiter gesagt, daß Wilson von dieser Ansicht, während sie in der Delegation ausgeprochen wurde, bereits verständigt sei. Es entsteht nun die Frage: Wie sind die Erklärungen des deutschen Kanzlers und des österreichisch-ungarischen Außenministers miteinander in Einklang zu bringen? Stehen sie in unvereinbarem Widerspruch zueinander oder ergänzen sie sich? Lassen etwa — um ein für einen anderen Fall gebrauchtes Bild Rühlmanns anzuwenden — die Worte Czernins mit denen Herrlings „vollkommen läckenlos aufeinander, wie zwei Stücke eines Ringes“? Unsererseits glauben wir letzteres. Dabei soll nicht verkannt werden, daß Czernin weit mehr, als der deutsche Kanzler, innerpolitisch beengt ist; daß ferner der Friedenswunsch der Bundesgenossen Deutschlands lebhafter sein mag, als sein eigener, und daß „Schiffe, die in einem Geleitzuge fahren“, eben gezwungen sind, aufeinander Rücksicht nehmen müssen im Tempo der Fahrt. Es ist aber doch ganz ausgeschlossen, daß in einem so wichtigen Augenblicke der gemeinsamen Geschichte nicht volles Einverständnis bestanden haben sollte. Also bilden beide Reden, die an der Spree und die an der Donau, ein Ganzes!

Das wird zur Gewißheit dadurch, daß Herr v. Rühlmann dieser im Ausschusse klar dargelegten Auffassung keineswegs widersprochen, im Gegenteil sein unentwegtes Festhalten an der Bundesbrüderschaft und Einheit mit Oesterreich-Ungarn sowie dessen feste „Loyalität“ auf das lebhafteste betont und dafür gedankt hat, daß er nach der Reichstagsdebatte mit vermehrter Ruhe und Sicherheit hinausgehen könne. Mit Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Wien-West sind solche Worte nicht verträglich. Unter diesen Umständen hätte es kaum noch der oben erwähnten Schlussfeststellung des Vorstehenden im Ausschusse bedurft, der sich geschäftsbuchungsmäßig nicht in der Lage sah, der Reichsleitung sein Vertrauen auszusprechen, wie dies ja an der Donau geschehen ist. Denn der Ausschuh kann nur Beschlüsse des

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.